

1 **Antrag an den Landesparteitag der NRWSPD**

2

3 **Antragsteller: SPD-Landesvorstand**

4 **Adressat: SPD-Landesparteitag**

5

6 **Betreff: Kernthesen sozialdemokratischer Kommunalpolitik**

7

8 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

9

10 Die Städte sind für Dich gebaut...

11 Wie wollen wir, wie wollen Sie, willst Du in Zukunft leben? Ist die Stadt, die Gemeinde, Deine Heimat
12 nur noch ein globales Dorf, weil Informationen überall vorhanden und jeder mit jedem verbunden
13 sein kann? Sind Städte und Gemeinden nicht mehr als das? Wie soll sie aussehen, die Stadt der Zu-
14 kunft? Wollen Sie, willst Du dabei sein, wenn es um die Zukunft Ihrer und Deiner Heimat geht? Was
15 ist denn Heimat, was macht sie aus, ist sie überhaupt wichtig?

16 Für uns ist sie ein Ort der Freiheit, in dem Menschen gerne leben wollen. Wir beteiligen unsere Bür-
17 gerinnen und Bürger an der Gestaltung ihrer Heimat. Demokratie und Bürgerbeteiligung gehören zur
18 Heimat, in der wir gerne leben.

19 Wir werden unsere Heimat nicht den wirtschaftlichen Interessen privater Unternehmen unter-
20 ordnen, sondern wollen selbst entscheiden. Wer bei uns lebt, soll bezahlbare Wohnungen finden,
21 einen guten Arbeitsplatz und vielfältige Einkaufsmöglichkeiten.

22 Für uns ist die Gesundheit ein hohes Gut. Deshalb wollen wir in unseren Kommunen im Einklang mit
23 der Natur leben. Wir nutzen erneuerbare Energien und wollen sie ausbauen, wir brauchen weder
24 Glyphosat noch grüne Gentechnik – wir suchen eine gute Zukunft, für uns und unsere Kinder.

25 Autos sind für uns nicht schlecht, aber um mobil zu sein, brauchen wir mehr: gute Radwege, Elektro-
26 busse oder gemeinsam mit anderen mobil zu sein – da gibt's noch viel Neues. Für uns ist die Heimat
27 nicht rückwärtsgewandt, sondern zeigt nach vorn: Wir setzen überall auf Glasfaser: mit „smart ci-
28 ties“ und „smart regions“ werden wir überall gleichen Chancen zur Information, Kommunikation und
29 guter Arbeit schaffen.

30 Unsere Kinder sind unsere Gegenwart und unsere Zukunft. Wir wollen, dass sie in beste Schulen ge-
31 hen. Bildungswege in die Zukunft dürfen nicht allein vom Geldbeutel abhängen und sollen allen Ge-
32 nerationen offenstehen.

33 Unsere Heimat ist weltoffen, tolerant und friedensstiftend. Wir helfen Menschen in materieller Not,
34 die Opfer von Flucht und Vertreibung sind und wir zeigen Grenzen auf, damit Sicherheit und Freiheit
35 nicht gefährdet werden. Wir sind Partner von Kirchen, Gewerkschaften und sozialen Organisationen
36 und fördern zivilgesellschaftliches Engagement.

37 In unserer Kommune gibt es eine hohe Lebensqualität: Sport, Freizeit, Kultur sind Ausdruck von Le-
38 bensfreude, Vielfalt und Zusammenhalt. Unsere Sportstätten müssen deshalb in gutem Zustand sein
39 und allen zur Verfügung stehen. Unsere kommunale Kultur trägt zu unserer Identität bei. Unsere
40 Einrichtungen und unsere Aktivitäten sind unverzichtbar und deshalb keine stille Finanzreserve im
41 städtischen Haushalt.

42 Wir wollen durch unsere vorbeugende Sozialpolitik niemanden zurücklassen und Fehlentwicklungen
43 vorbeugen. Quartiere und Nachbarschaften müssen gute Bedingungen für eine hohe Lebensqualität

44 bieten. Was für die junge und aktive Generation gilt, soll auch für ältere Menschen gelten. Denn bei
45 aller Unterschiedlichkeit und trotz Meinungsverschiedenheiten: wir gehören zusammen.

46 Unsere Kommunen sind Orte mit Zukunft. Wir wissen, dass globale Herausforderungen lokale Ant-
47 worten verlangen. An dieser Politik wollen wir Sie und Dich beteiligen.

48 Wir laden alle herzlich dazu ein.

49

50 **Kernthesen sozialdemokratischer Kommunalpolitik**

51 1. Kommunale Selbstverwaltung bedeutet für uns die Freiheit, vor Ort selbst über die Le-
52 bensbedingungen und Lebensqualität der Menschen in ihrem Heimatort entscheiden zu können.
53 Als Teil des demokratischen und sozialen Rechtsstaates der Bundesrepublik Deutschland erwarten
54 wir die notwendige finanzielle und rechtliche Unterstützung durch Bund und Land bei der Wahr-
55 nehmung dieser Aufgabe. Kommunale Selbstverwaltung ist für uns die Basis, nicht das Kellerge-
56 schoss der Demokratie. Diesem Grundverständnis folgend, setzen sich Sozialdemokratinnen und
57 Sozialdemokraten auf allen Ebenen für handlungsfähige Kommunen ein. Wir wollen lebendige, le-
58 bens- und liebenswerte Kommunen in NRW, in denen sich die Menschen wohl fühlen, die sie als
59 ihre Heimat wahrnehmen und in denen sie sich selbst einbringen.

60 2. Wir stehen zur öffentlichen Verantwortung bei zentralen Aufgaben der kommunalen Da-
61 seinsvorsorge. Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger müssen wirtschaftlich erbracht
62 werden und sind unser Ziel, nicht das privatwirtschaftliche Gewinnstreben. Wir wollen starke
63 Kommunen mit handlungsfähigen, demokratisch legitimierten Stadt- und Gemeinderäten sowie
64 Kreistagen. Die wirtschaftsliberale Devise „Privat vor Staat“ lehnen wir ab. Wir bekennen uns zu
65 interkommunaler und regionaler Zusammenarbeit. Das Wohlergehen der eigenen Kommunen
66 darf nicht durch ruinösen Wettbewerb auf dem Rücken der Nachbarn aufbauen.

67 3. Der Mensch steht im Mittelpunkt. Für ihn brauchen wir eine effiziente, moderne und bür-
68 gernahe Verwaltung. Für ihn brauchen wir eine funktionierende kommunale Demokratie. Sie er-
69 setzt nicht die Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger, sondern bringt sie zur Geltung. Unsere
70 Kommunalpolitik will die Menschen zum Engagement motivieren. Deshalb benötigen wir eine
71 stabile kommunale Demokratie. Unsere Kommunalpolitik will die Menschen gewinnen, ihre
72 Kommune zu gestalten, mitzuwirken und erlebbar zu machen. Deshalb schätzen und fördern wir
73 das Ehrenamt. Es ist für uns Unterstützung, kein Ersatz notwendiger Arbeit am Gemeinwesen.

74 4. Zu den Grundbedürfnissen, die eine Kommune erfüllen muss, gehört das Wohnen. Wohn-
75 raum muss ausreichend vorhanden und für breite Bevölkerungsschichten bezahlbar sein. Wir wol-
76 len eine aktive Rolle der Kommunen in der Wohnungspolitik. Angefangen von der Bodenbevorra-
77 tung, Mobilisierung und Reaktivierung kommunaler Flächen wollen wir Raum für neue Wohnun-
78 gen schaffen. Wir folgen dem Grundsatz der „Innen- vor Außenentwicklung“. Unsere Wohnungs-
79 politik folgt ebenso gemeinwohlorientierten, sozialen Zielen wie den Prinzipien der Nachhaltig-
80 keit. Wohnungspolitik und Quartiersentwicklung gehören für uns eng zusammen. Deshalb ist der
81 Wohnungsbau integrierter Bestandteil der Stadtentwicklung, die eine gute Lebensqualität schaf-
82 fen muss.

83 5. Kommunen produzieren Standorte. Moderne Wirtschaft schafft gute Arbeit. Kommunale
84 Wirtschaftspolitik stärkt kleine und mittlere Betriebe und ist Partner großer Unternehmen. Kom-
85 munale Wirtschaftspolitik schafft gute Bedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf
86 und hilft mit den Berufskollegs bei der Sicherung der dualen Ausbildung im Handwerksbereich.
87 Gleiches gilt für den Zugang zum Dienstleistungssektor und die akademische Ausbildung. Kommu-
88 nen sind als Arbeitgeber selbst gefordert und müssen ihrer Vorbildfunktion gerecht werden, wenn

89 es um familiengerechte Arbeitszeiten, Ausbildungsplätze und Begrenzung befristeter Beschäfti-
90 gungsverhältnissen geht. Die Arbeit der Zukunft wird maßgeblich durch die Digitalisierung aller
91 Lebensbereiche geprägt. Kommunale Wirtschaftsdialoge mit den Unternehmen vor Ort, Gewerk-
92 schaften und Kammern sollen eine konzertierte kommunale Wirtschaftsförderung sichern, die
93 den Herausforderungen des digitalen Zeitalters gewachsen ist.

94 6. Kommunalpolitik ist Verbraucherpolitik. Wir wollen einen florierenden Einzelhandel in le-
95 bendigen Innenstädten. Wir wollen eine gesunde Ernährung mit regionalen Produkten und einer
96 umweltverträglichen Landwirtschaft. Wir brauchen keine Aufhebung der Sonntagsruhe durch im-
97 mer mehr verkaufsoffene Sonntage. In Zeiten von Lebensmittelskandalen, Umweltgiften und im-
98 mer wachsender Verletzlichkeit unserer Gesellschaft durch die Digitalisierung brauchen Verbrau-
99 cherinnen und Verbraucher Beratung und Aufklärung durch die Verbraucherzentralen.

100 7. Dorf- und Stadtentwicklungspolitik hat die Kommunen insgesamt im Blick. Wie in einem
101 Brennglas sind gesellschaftliche Herausforderungen in unseren Gemeinwesen konzentriert. Kon-
102 zepte, die die Aufgaben der Gegenwart erfassen, die Zukunft der eigenen Heimat beschreiben und
103 Ziele einer zukunftsfähigen und lebenswerten Kommune entwickeln, sind für uns unverzichtbar.
104 In den Prozess der Erarbeitung dieser Konzepte beziehen wir die Bürgerinnen und Bürger aktiv
105 ein. Wir wollen die teilhabenden und mitbestimmenden Bürgerinnen und Bürger.

106 8. Kommunale Selbstverwaltung, verstanden als Freiheit, alle Angelegenheiten der örtlichen
107 Gemeinschaft zu behandeln, braucht eine auskömmliche Finanzierung. Wir erwarten, dass Bund
108 und Land diese Grundlage sichern, bevor lokale Steuern und Abgaben für Aufgaben, die Bund und
109 Land finanzieren müssen, erhoben werden. Wir fordern, dem Grundsatz "wer bestellt, bezahlt"
110 Geltung zu verschaffen. Wir stehen aber auch zur eigenen finanziellen Verantwortung und wollen
111 keine Verschuldung zu Lasten nachfolgender Generationen. Kommunale Steuern, Gebühren und
112 Abgaben müssen sich daran orientieren, dass die kommunale Infrastruktur insgesamt langfristig
113 erhalten bleibt und die Kommune eine hohe Lebensqualität sichert. Es gilt der Grundsatz der
114 Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit, und zwar ohne Beteiligung an zweifelhaften Steuersparm-
115 modellen, Finanzierungskonzepten oder Sozial- und Lohndumping.

116 9. Verantwortliche Kommunalpolitik leistet ihren Beitrag zum Klimaschutz und zur Energiewen-
117 de. Starkregen, Sturm, Unwetter und Hochwasserereignisse zeigen, dass Schutzmaßnahmen er-
118 forderlich sind, um auf größere Gefahrenlagen vorbereitet zu sein. Kommunen müssen Konzepte
119 entwickeln, um den Schutz der Bevölkerung zu sichern. Unterlassener Klimaschutz kostet, vor-
120 beugender spart Geld und sichert unsere Lebensbedingungen. Wir unterstützen aktiv das Ziel des
121 Bundes, den Anteil der regenerativen Energien bis 2035 auf 60% zu erhöhen. Wir stehen zur öf-
122 fentlichen Verantwortung in der Umwelt- und Klimapolitik. Wir brauchen eine neue Mobilität in
123 der Stadt. Wir wollen weder grüne Gentechnik noch Pflanzenschutzmittel wie Glyphosat im öf-
124 fentlichen Bereich einsetzen.

125 10. Mobilität bedeutet Freiheit. Anders als in der Vergangenheit ist sie aber nicht mehr vor-
126 wiegend an den PKW gebunden. Wir wollen Mobilität fördern, indem wir den Umweltverbund aus
127 öffentlichem Verkehr, Fahrrad- und Fußgängerverkehr fördern. Fahrgastzahlen, Komfort, Pünkt-
128 lichkeit und Umweltverträglichkeit wollen wir verbessern und dennoch die Preise für Verbrauche-
129 rinnen und Verbraucher senken. Wir werden neue technische Antriebe (Elektromotoren, Gas- und
130 Wasserstoffantriebe) im öffentlichen Verkehrssektor unterstützen und Busse und Bahnen sowie
131 kommunale Fahrzeuge zeitnah umrüsten bzw. ersetzen. Ein kostenloser öffentlicher Nahverkehr
132 ist für uns eine visionäre Perspektive, die wir weiterverfolgen. Zur Stärkung von regionalen Ver-
133 kehren brauchen wir Mobilitätskonzepte, die von Mitfahrgelegenheiten bis zum Bürgerbus, die
134 Angebotsstruktur verbessern.

135 11. Die Digitalisierung der Gesellschaft schreitet weiter voran und wird auch das öffentliche Le-
136 ben in den Städten und Gemeinden durchdringen. Kaum ein Lebensbereich dürfte in den kom-
137 menden Jahren unberührt bleiben. Um die Chancen in allen Teilen des Landes nutzen zu können,
138 werden wir dem Recht auf Glasfaser Geltung verschaffen und schnellstmöglich die notwendige
139 Infrastruktur schaffen. Wir brauchen eine digitale Agenda in jeder Kommune. Deshalb werden wir
140 auch die demokratisch legitimierten Gremien mit dieser Aufgabe befassen und einen Bürgerdialog
141 initiieren, um Stärken und Schwächen sowie Chancen und Risiken in Erfahrung zu bringen und zu
142 gestalten.

143 12. Eine gute Allgemeinbildung ist die beste Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Bil-
144 dung ist aber auch notwendige Bedingung einer sozialen Gesellschaft und einer erfolgreichen
145 Volkswirtschaft. Bildung ist der Schlüssel für die Teilhabe in allen Lebensbereichen. Deshalb wol-
146 len wir alle Kraft darauf verwenden, unsere Bildungseinrichtungen auf höchstem Niveau zu erhal-
147 ten. Dazu gehören selbstverständlich die Versorgung mit Glasfaser und eine moderne digitale
148 Ausstattung aller Bildungseinrichtungen. Bildung ist nicht auf die erste Lebensphase beschränkt.
149 Lebenslanges Lernen verlangt Angebote entlang der gesamten Bildungskette bis zum Lernen im
150 Alter. Wir unterstützen das Ziel, allen Menschen unabhängig vom Geldbeutel gleich gute Bil-
151 dungsvoraussetzungen zu schaffen. Gebührenfreiheit kann allerdings nur dann erreicht werden,
152 wenn Bund und Land den Kommunen die Einnahmeausfälle erstatten.

153 13. Unsere Kommunen sollen generationengerecht und integrativ sein. Demografischer Wandel
154 ist selbstverständlicher Teil des gesellschaftlichen Wandels. Er begleitet uns von der Kita bis zum
155 Pflegeheim und in den jeweils unterschiedlichen sozialen Lebenslagen. Die Teilhabe am kom-
156 munalen Geschehen darf nicht durch physische Barrieren oder Diskriminierung gleich welcher Art,
157 eingeschränkt oder verhindert werden. Die Stadt der Zukunft ist inklusiv, barriere- und diskrimi-
158 nierungsfrei und ermöglicht die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für jeden Einwohner und je-
159 de Einwohnerin. Eine gute Beobachtung des demografischen Wandels ist unverzichtbar. Deshalb
160 wollen wir Betroffene zu Beteiligten machen und ihnen in jeder Lebensphase die Mitwirkung am
161 kommunalen Leben sichern und Hindernisse abbauen.

162 14. Der demografische Wandel ist kein Zukunftsszenario. Eine älter werdende Gesellschaft bringt
163 neue Aufgaben mit sich. Eine ausreichende Betreuung, eine qualitativ hochwertige Pflege und die
164 Ermöglichung von Mobilität durch einen erreichbaren ÖPNV spielen eine wichtige Rolle. Auch der
165 Vereinsamung älterer Menschen kann vor Ort durch Angebote und Projekte begegnet werden.
166 Wir begreifen die alternde Gesellschaft als ein generationenübergreifendes Gesamtkonzept, in
167 der jeder von jedem profitieren kann.

168 15. Sport ist nicht nur Ausdruck von Lebensfreude, sondern leistet auch einen wichtigen Beitrag
169 zur Gesundheit der Bevölkerung. Sport ist ein Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe und Integra-
170 tion. Sport ist auch Teil einer vorsorgenden Sozialpolitik und Ausdruck guter Lebensqualität. Unse-
171 re Sportstätten müssen deshalb in gutem Zustand sein und der Bevölkerung insgesamt zur Verfü-
172 gung stehen. Spitzen- und Breitensport sind gemeinsam Elemente guter, lokaler Sportpolitik.
173 Ebenso leisten wir Unterstützung bei Inklusion und Integration von Menschen mit Einschränkun-
174 gen in die Vereine und erleichtern den finanziellen Zugang von Kindern und Jugendlichen zu
175 Sportangeboten.

176 16. Unsere Städte sind Teil der Natur und Produkt der Kultur. Die Kultur einer Stadt hat viele
177 Ausdrucksformen, darunter sind unsere Theater, Konzerthäuser und viele verschiedene Bühnen,
178 die uns die Welt näherbringen, im Guten wie im Schlechten. Mit ihren vielseitigen Aktivitäten tra-
179 gen die Kulturschaffenden in den verschiedenen Spielorten zur Weltoffenheit unserer Kommunen
180 bei. Sie sind nicht nur Teil der Daseinsvorsorgen, sie tragen zur Identität einer Stadt bei, prägen ih-

181 ren Charakter und sind deshalb unverzichtbar Bestandteil unserer politischen Kultur. Kulturelle
182 Bildung ist ein wichtiger Baustein der Erziehung von Kindern, Jugendlichen. Vom Zugang zum Mu-
183 sikunterricht bis zu kulturellen Großveranstaltungen – müssen kulturelle Orte und Veranstaltun-
184 gen auf finanziell stabilen Säulen stehen, ohne die kommunalen Haushalte zu überfordern. Für
185 uns ist die lokale Kulturpolitik weder eine disponible freiwillige Leistung noch eine stille Reserve
186 im städtischen Haushalt. Wir wollen Kultur für alle und Kultur von allen.

187 17. Die moderne Stadt und Gemeinde ist weltoffen, tolerant und friedensstiftend. Sie hilft Men-
188 schen in materieller Not, die Opfer von Flucht und Vertreibung geworden sind. Wir stärken dazu
189 auch das zivilgesellschaftliche Engagement, sind Partner von Kirchen, Gewerkschaften und sozia-
190 len Organisationen. Wir hetzen Menschen nicht gegeneinander auf, um der Stammtischhoheit
191 willen oder um kurzfristige Prozentgewinne bei Wahlen zu erzielen. Wir wollen den Menschen gu-
192 te Perspektiven bieten. Wir wenden uns allerdings auch dagegen, Verantwortlichkeiten auszuwei-
193 chen oder Zuständigkeiten zu verwischen. Die Asyl- und Flüchtlingspolitik ist eine Aufgabe des
194 Bundes und ebenso der Länder. Die Kommunen dürfen weder für die finanziellen Folgen noch für
195 administrative Vollzugsdefizite in die Verantwortung genommen werden.

196 18. Gute Sozialpolitik ist darauf ausgerichtet, gesellschaftliche Fehlentwicklungen vorbeugend zu
197 vermeiden. Sie stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch gute Rahmenbedingungen für
198 die verschiedenen Gruppen in einer Kommune. Kinder- und Jugendpolitik fördert Chancen und si-
199 chert Zukunft. Zum eigenen Quartier gehören generationenübergreifende Sportstätten, Jugend-
200 räume und Spielplätze. Vorsorgende Sozialpolitik beginnt mit Besuchen bei jungen Eltern, verlangt
201 gute Familienberatung, eine emanzipatorischen Kinder- und Jugendpolitik mit hohen Freizeitwer-
202 ten und endet bei einer Seniorenarbeit, die die älteren Menschen nicht nur als Pflege- oder Be-
203 treuungsfälle versteht. Dennoch muss qualifizierte Hilfe vorhanden sein, wo sie nötig ist und ge-
204 braucht wird.

205 19. Zur kommunalen Daseinsvorsorge gehört auch die Gewährleistungen von Sicherheit und
206 Ordnung. Wir wissen, gute Familien- und Sozialpolitik ist die beste Kriminalprävention. Darum
207 heißt es bei uns „Prävention vor Repression“. Wir nutzen unsere kommunalen Einrichtungen, um
208 dies zu gewährleisten ohne dabei die Aufgaben und Befugnisse der Polizei zu übernehmen. Deut-
209 liche Grundrechtseingriffe, wie etwa durch Videoüberwachung des öffentlichen Raums, bleiben in
210 Verantwortung und Finanzierung eine polizeiliche Aufgabe, die wir im Rahmen unserer Kapazität
211 unterstützen.

212 20. Europa hat eine wichtige Bedeutung für die Kommunen, nicht nur im Hinblick auf Förder-
213 und Entwicklungsprogramme. Viele europäische Entscheidungen haben direkten positiven Ein-
214 fluss auf die Menschen vor Ort und sichern insgesamt den Frieden in Europa. Die grenzüberschrei-
215 tende Freiheit innerhalb der EU bietet den Menschen Chancen. Diese positiven Chancen gilt es zu
216 sichern und die Stellung der kommunalen Selbstverwaltung in Europa zu stärken.